

I
Originaldokument
Ökonomische Katastrophe und soziale Unruhe
© Verlag C.H.Beck

Während der späten siebziger Jahre änderte Bismarck die deutsche Außen- und Innenpolitik so grundlegend, daß einige Historiker diesen Wandel als eine Neugründung des Deutschen Reichs bewertet haben, als eine «Reorganisation, die einer Neufundierung des Reiches gleichkam».¹ Obwohl eine solche Einschätzung den Wandel gewiß übermäßig dramatisiert, ist nicht zu leugnen, daß der Kanzler während dieser Jahre sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch die Richtung wechselte. Eine Liste der von ihm ergriffenen Maßnahmen gibt die Größenordnung und Komplexität seiner Kursänderung zu erkennen. Er versuchte, das Reich finanziell von den Bundesstaaten unabhängig zu machen und zugleich die Macht des Reichstags zu beschränken. Er bemühte sich, die «Kräftediagonale» im Parlament wiederherzustellen und zu diesem Zweck die konservative Partei wieder aufzurichten, die Nationalliberale Partei zu spalten, im Kulturkampf einen Waffenstillstand auszuhandeln und die Sozialdemokratische Partei zu zerschlagen. Er strukturierte die Reichsexekutive und deren Verhältnis zu Preußen um. Von der freihändlerischen Politik wechselte er zur protektionistischen und suchte Agrarier und Industrielle zu einem neuen sozialen und politischen Einvernehmen zu bewegen. Und schließlich revidierte er die auswärtigen Beziehungen Deutschlands durch den Abschluß des Zweibunds mit Österreich.

Bismarcks Verständnis der Staatskunst macht es wenig wahrscheinlich, daß er bei diesem breiten Frontwechsel einen vorgefaßten Plan verfolgte. Tatsächlich traf er seine Entscheidungen, eine nach der anderen, im Verlauf mehrerer Jahre. Dennoch verrät ihre unverkennbare Kohärenz, daß sie, jede für sich und alle miteinander, einer gewandelten Einstellung zu dem ihn schon seit langem beschäftigenden Grundproblem entsprachen – dem Problem der sozialen und politischen Konsolidierung des Deutschen Reichs, das es zu lösen galt. Zu Beginn der siebziger Jahre sah er die größte Gefahr für diese Konsolidierung im Partikularismus der Gliedstaaten und Regionen sowie in der Möglichkeit von Bündnissen zwischen partikularistischen Bewegungen und auswärtigen Mächten. Aus der Furcht vor solchen Bündnissen erklärt sich seine übertrieben heftige Reaktion gegen den politischen Katholizismus. Im Laufe der Jahre wurde dann das Reich durch das Wachstum der deutschen Wirtschaft, eine für alle Untertanen verbindliche Gesetzgebung, die Konstituierung der Reichsregierung und die Ausbildung von deren Behörden immer fester zusammengefügt. Es wurde offenbar, daß die Dynastien und Regierungen der Bundesstaaten sich mit ihrem neuen Status im Reichsverband abzufinden bereit waren, und der erfolgreiche Wiederaufbau der

traditionellen Allianz Berlins mit den Großmächten des Ostens nahm Bismarck die Furcht vor einer neuen «Kaunitz-Koalition». Zwar war er damit die Sorgen, die der Partikularismus und der Ultramontanismus ihm machten, durchaus noch nicht los, doch nun schienen ihm andere Gefahren am innen- und außenpolitischen Horizont aufzuziehen, die seine Aufmerksamkeit noch dringender verlangten – die Bedrohung durch den demokratischen Liberalismus und den proletarischen Sozialismus. So verfolgte Bismarck von nun an vorrangig das Ziel, die soziale und politische Ordnung Preußen-Deutschlands und seiner auswärtigen Verbündeten gegen Umsturzversuche aus dem Inneren zu befestigen.

Bismarcks gewandelte Einstellung zum Problem der Konsolidierung war, wenn nicht allein bestimmt, so doch zweifellos geprägt durch die Wirtschaftskrise, in die Deutschland und Europa nach 1873 gerieten. Deutschlands Einigung hatte während einer Periode allgemein wachsenden Wohlstands stattgefunden. Die Konsolidierung des Reichs mußte nun während einer Zeit wirtschaftlicher Depression und sozialer Not vorangetrieben werden. Die politischen Ereignisse der späten siebziger Jahre auf außenpolitischem wie auf innenpolitischem Gebiet werden nur dann ganz verständlich, wenn man die Wirtschaftskrise dieser Jahre berücksichtigt.

Die Depression der Jahre 1873–1879

Als Arthur von Brauer während seiner Studienzeit im Sommer 1866 Berlin zum ersten Mal besuchte, hatte die preußische Residenz keinen besonderen Eindruck auf ihn gemacht. Der Aufbau der Stadt erschien ihm «im großen und ganzen langweilig, einförmig und stillos», schreibt er in seinen Erinnerungen. «Wenige Ausnahmen wie die schönen Museen und das ragende Schloß bestätigen die Regel.» Das Berliner Straßenpflaster war noch holpriger als das seiner bescheidenen Vaterstadt Karlsruhe. Die tiefen offenen Rinnsteine, die beim Mangel einer modernen Kanalisation allen Haus- und Straßenschmutz aufnahmen und in denen ein «ekler, zäher Schlamm träge dahinfloß», verletzten seinen Geschmacks- und Geruchssinn. Die Gasthöfe waren schlechter als die Süddeutschlands und der Schweiz. «Die Beschränktheit der Mittel, die bescheidene Lebenshaltung der Berliner» waren auffällig. Das hatte sich gründlich geändert, als er Berlin 1872, auf der Höhe der Gründerjahre, wiedersah. «Jetzt schwamm alles in Gold und Genuß», berichtet Brauer. «Der Gold- und Profithunger hatte die neue Reichshauptstadt ergriffen, und selbst ein großer Teil des bisher so soliden preußischen Beamten- und Offizierstandes beteiligte sich ohne Gewissenregung am Tanz ums goldene Kalb. Schwindler erwarben große Vermögen in wenigen Tagen. Alles spielte an der Börse, vom Fürsten bis zum Handwerker. Überall herrschte aufdringliche, unvornehme Üppigkeit.» Als Brauer dann Anfang 1874 zum dritten Mal nach Berlin kam, hatte sich das Bild abermals gewandelt. «Die berüchtigten ‚Gründermillionäre‘ waren zu Bettlern geworden, nicht wenige im Gefängnis, Beamte und

Bürger vielfach um ihr kleines Vermögen gebracht, die Arbeiter brotlos oder Hungerlöhnen sich mürrisch beugend ... Die ganze Stadt gedrückt und unfroh.»²

Die Depression der Jahre 1873–1879 hat in der deutschen Gesellschaft tiefere Spuren hinterlassen als jede andere Wirtschaftskrise vor der Inflation der Jahre 1919–1923 und dem Börsenkrach von 1929. Obwohl die Depression die gesamte kapitalistische Welt erfaßte, traf sie Deutschland wegen der Exzesse der Gründerjahre besonders heftig. In sechs Jahren sanken die Großhandelspreise durchschnittlich um ein Drittel, diejenigen der Schwerindustrie sogar um mehr als die Hälfte.³ Die Depressionen der Jahre 1857 und 1866 waren im Vergleich dazu nur kurze Unterbrechungen einer allgemein steigenden Tendenz gewesen. Nun schien die deutsche Wirtschaft zu stagnieren. «Zum Neujahr 1876!» schrieb in den *Blättern für Genossenschaftswesen* Hermann Schulze-Delitzsch: «Jahr um Jahr vergeht, und noch immer will sich das Vertrauen, die Seele alles gesunden Verkehrs, nicht wieder einstellen, noch immer der Bann nicht lösen, der wie ein Alp auf unsern wirtschaftlichen Zuständen lastet. Dem Bruch schwindelhafter Unternehmungen folgen andere nach, die von ihnen in ihre Verluste verwickelt wurden; selbst solchen, die sich unter gewöhnlichen Verhältnissen von den erlittenen Schädigungen hätten erholen können, fängt der Atem an auszugehen, da die Geschäftsbewegung selbst hinter den mäßigsten Ansprüchen zurückbleibt.»⁴ Die Geschäftswelt schien wie gelähmt von der andauernden Krise und Panikstimmung.

In den späten siebziger Jahren kündigten sich auch für die deutsche Landwirtschaft neue Schwierigkeiten an. Im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte hatten amerikanische und ukrainische Produzenten sich einen stets wachsenden Anteil am europäischen Getreidemarkt sichern können. Schließlich begannen auch Argentinien und Indien Getreide nach Europa zu exportieren. Billiges Land, jungfräulicher Boden und überlegene Landwirtschaftsmaschinen gestatteten den Getreidefarmen des Mittleren Westens der Vereinigten Staaten sehr kostengünstig zu produzieren. Neue Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsstrecken verringerten die Transportkosten. Russisches Getreide, das früher über die Schwarzmeerhäfen nach Europa ausgeführt worden war, konnte nun mit der Eisenbahn wesentlich preiswerter an die deutsche Grenze und in die Ostseehäfen befördert werden. Während der siebziger Jahre wurden auch Maschinen entwickelt, mit denen der aus Rußland und Amerika eingeführte Hartweizen ohne Schwierigkeit gemahlen werden konnte. Unter diesen Umständen sahen die deutschen Getreideproduzenten ihre Absatzmöglichkeiten im Ausland geschmälert, namentlich in Großbritannien, wo die ostelbischen Gutsbesitzer seit Jahrzehnten die beste ausländische Kundschaft gehabt hatten. Doch obwohl sie ihre Vorherrschaft auf dem inländischen Markt ebenso bedrohte, bot die vermehrte Einfuhr russischen Getreides den ostdeutschen Gutsbesitzern auch Vorteile. Ehe er den Bäckern Deutschlands und Westeuropas verkauft werden konnte, mußte der russische Hartweizen mit dem weicheren, der in Deutschland angebaut wurde, gemischt werden. So behielten die preußischen Gutsbesitzer ein Interesse am Exporthan-

del auch unter den veränderten Bedingungen. Infolgedessen hatten sie, wie noch zu zeigen sein wird, durchaus keine Eile, sich von der Freihandelsdoktrin zu verabschieden.⁵

Die starke Zunahme der Einfuhr aus Amerika drückte während der siebziger Jahre die Getreidepreise in ganz Europa. Auf dem britischen Markt fielen sie in den Jahren 1874–1875 und stiegen auch während der folgenden Jahre nicht wieder auf die frühere Höhe. In Deutschland minderte eine Reihe schlechter Ernten während der Jahre 1875–1881 mit Ausnahme des Jahres 1878 diesen Druck, und so blieben dort die Getreidepreise annähernd gleich. Die Importe, zuerst aus Rußland (1876–1877), dann aus Amerika, glichen während dieser Jahre nur die Knappheit des inländischen Angebots aus. Doch am Ende des Jahrzehnts brachten die steigenden Importe aus Amerika auch die deutschen Gutsbesitzer in Bedrängnis. Ihre Exportmärkte schwanden dahin, und die ausländische Konkurrenz wurde ihnen selbst auf dem inländischen Markt bedrohlich.⁶ Auch Gutsbesitzer, die, wie Bismarck, in großem Maß in Holz investiert hatten, kamen in Schwierigkeiten. Während der Jahre, in denen Bismarck Varzin und Friedrichsruh erwarb, befand sich der Holzhandel in einer Wachstumsphase. Zwischen 1863 und 1872 wuchs mit der privaten Bauwirtschaft auch der Handel mit Holz und Holzprodukten jährlich um 3 bis 5 Prozent. Der Zusammenbruch des Jahres 1873 hatte einen starken Rückgang der Bautätigkeit zur Folge, und so fiel bis 1879 die Zuwachsrate des Holzhandels auf 0,1 Prozent, um dann bis 1883 bei Werten unter einem Prozent zu verharren.⁷ Während der Jahre 1850–1865 waren die Holzpreise ständig gestiegen, von 7 auf 11 Mark pro Kubikmeter. In den sieben Jahren danach schwankten sie zwischen 9 und 10 Mark. Zwischen 1873 und 1875 stieg der Preis für Bauholz auf über 13 Mark an, fiel dann aber auf etwa 10 Mark in den Jahren 1877 und 1878. Die Preise für Brennholz bewegten sich in vergleichbaren Kurven.⁸

Das Preisniveau war für die deutschen Getreideproduzenten nicht beunruhigend, weil es fiel, sondern weil es während der siebziger Jahre nicht hinreichend anstieg, um die schlechten Ernten und steigenden Kosten auszugleichen. Während der seit 1830 andauernden Periode der Prosperität war der Wert des Landesbesitzes erheblich gestiegen – bis zu 400 Prozent. Es waren dies «die Zeiten, in denen die Landwirte im Schlaf reich wurden».⁹ Doch stiegen gleichzeitig auch die Verschuldung und die Zinssätze. Hypotheken in Höhe von 80 bis 90 Prozent des Kaufpreises des Guts und 100 Prozent des Realwerts (an den Erträgen gemessen) waren nicht ungewöhnlich. Auch die Löhne der Landarbeiter stiegen, seitdem die Landbesitzer mit den Fabrikbesitzern um Arbeitskräfte konkurrieren mußten. Während der Gründerjahre kletterten die Kosten für Geld, Arbeitskraft und landwirtschaftliches Gerät steil nach oben, während die Einkünfte der Landwirte annähernd gleich blieben. Der Krach der Jahre 1873–1874 brachte zunächst eine gewisse Erleichterung, obwohl die Lohnkosten etwas langsamer sanken als die Gerätepreise. Dann kamen die Jahre schlechter Ernten, die zugleich die Einkünfte der deutschen Landwirte verringerten und ausländische Importe begünstigten. Sogar die gute Ernte des Jahres 1878 hatte ihre schlechte Seite, denn sie

drückte 1878–1879 die Preise. So hatte man 1879 ausreichend Anlaß, über die bedrückte Lage der Landwirtschaft zu klagen.¹⁰

Die ökonomische Krise der siebziger Jahre hatte einschneidende soziale, politische und psychologische Konsequenzen. Aus der Sicht der Liberalen, die an die Selbstregulierung des Markts glaubten, waren periodische Depressionen nur ein natürlicher Prozeß, durch den der Markt untüchtige und marginale Konkurrenten ausschied. Die Konservativen dagegen sahen in der Wirtschaftskrise den Beweis dafür, daß die Bismarck-Delbrücksche Wirtschaftspolitik mit der Aufhebung der Beschränkungen für Aktiengesellschaften, mit der Gewährung der Gewerbefreiheit und der Abschaffung jeder Kontrolle seitens des Staates oder der Zünfte von Anfang an verfehlt gewesen sei. Mit Ausnahme derjenigen, die vom Export- und Importhandel abhängig waren, machten die Kapitalisten die Freihandelspolitik, die sie ausländischer Konkurrenz aussetzte, für ihre Schwierigkeiten verantwortlich. Viele Arbeiter, deren Löhne sanken, als die Unternehmer sich genötigt sahen, die Produktionskosten zu senken, ließen sich von dem Argument überzeugen, daß die Ursache ihres Elends im Privateigentum der Produktionsmittel zu suchen sei, im Privatbesitz von Grund und Boden oder Fabriken. Die in ihrer Existenz bedrohten kleinen Kaufleute liehen konservativen Publizisten ihr Ohr, die nicht nur allgemeine kapitalistische Gier und Korruption als Ursache für die gegenwärtige Depression ausmachten, sondern eine regelrechte Verschwörung jüdischer Bankiers und Unternehmer. Während der siebziger Jahre rollte so eine erste Welle antisemitischer Ressentiments durch das neue Deutsche Reich. Ihre Ausläufer drangen auch Jahre später noch in das öffentliche Bewußtsein und zerfraßen die Werte des Humanismus, als die Depression überwunden und neuer Wohlstand erlangt worden war.¹¹

Kathedersozialismus

In dem seinerzeit vielgelesenen Roman *Sturmflut* stellte Friedrich Spielhagen typische Erscheinungen der Gründerjahre vor: einen verschwenderischen und nahezu bankrotten Adeligen, der seine Pächter bedrückt und seine Rettung von einer vermögenden Partie erhofft; einen neureichen, auf großem Fuß lebenden Geschäftsmann und einen korrupten Beamten, welche den Aristokraten für ihren Plan einspannen, sich für eine neue Eisenbahngesellschaft ein Regierungsprivilegium zu verschaffen, um dann Anteile daran dem spekulationshungrigen Publikum weit über Wert verkaufen zu können; einen General, den sie zu bestechen versuchen, damit er sich für den Bau eines Marinestützpunkts an einem Ort einsetzt, dessen einziger Vorzug darin besteht, daß er an der genehmigten Eisenbahnlinie liegt; einen kleinen Fabrikanten und Anhänger der Fortschrittspartei, der 1848 für die Republik auf die Barrikaden gegangen ist und die damalige Niederlage noch immer nicht verschmerzt hat; und die unzufriedenen Arbeiter, die er entlassen hat, weil sie es gewagt haben, sich der sozialistischen Bewegung anzu-

schließen. Im Hintergrund ist bereits das Grollen der unzufriedenen Massen des städtischen Proletariats vernehmlich, das auf der Höhe der Gründerzeit streikt und die Fabrikherren mit Gewalt bedroht.¹²

Obwohl ihre Realeinkommen in den Jahren 1869–1873 (von einer kurzen Unterbrechung während des Kriegs gegen Frankreich abgesehen) steil anstiegen, hatten doch die Arbeiter in Deutschland das Gefühl, daß sie am allgemeinen Wohlstand nicht gerecht beteiligt wurden. Auf dem Allgemeinen Deutschen Arbeitertag der Lassalleschen Sozialisten wurden 1872 zwar die großen Leistungen Bismarcks anerkannt, doch zugleich bittere Klagen laut. Für «das arbeitende Volk» habe er «nichts gethan, er hat uns das Leben nicht leichter gemacht, sondern die Wirkung der mit seiner Hilfe gegebenen wirtschaftlichen Gesetze macht es uns von Jahr zu Jahr saurer».¹³ Während der Jahre 1869–1873 wurde in Deutschland häufiger gestreikt als je zuvor. Die Arbeiter versuchten die Folgen der Inflation abzuwehren und ihre Arbeitskraft möglichst teuer zu verkaufen. Sie forderten hauptsächlich höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten, das Recht auf Gewerkschaftszugehörigkeit, die Entlassung brutaler Vorarbeiter und Aufseher und die Einstellung der gerichtlichen Verfolgung streikender Arbeiter und Arbeiterführer. Die meisten Streiks waren spontane und örtlich begrenzte Aktionen der Belegschaften einzelner Betriebe. Viele waren erfolgreich, aber die größten Arbeitsniederlegungen – der Maschinisten in Berlin und der Bergleute an der Ruhr und in Oberschlesien 1872 – scheiterten. Obwohl die Streiks meist von kurzer Dauer waren, wurde dabei den Arbeitern doch die Notwendigkeit bewußt, sich zu organisieren und Streikfonds anzulegen.¹⁴ Als Zeichen der Zeit konnten auch die Unruhen gelten, zu denen es am Stadtrand von Berlin kam. Das schnelle Wachstum der Bevölkerung Berlins (während der sechziger Jahre kamen jährlich zwischen zwanzig- und dreißigtausend Zuwanderer, 1871 sogar fünfzigtausend) hatte bald eine schwere Wohnungsnot zur Folge. Die Mieten stiegen ins Unermeßliche, und die Menschen drängten sich in überfüllten Quartieren. Während Luxuswohnungen und Villen für die Reichen gebaut wurden, vernachlässigte man den Bau von Wohnungen für die Arbeiterschaft. So hausten Tausende von Arbeitern in Hütten und Baracken, die sie am Stadtrand selbst errichtet hatten. Die Räumung dieser wilden Ansiedlungen durch die Polizei erregte Aufruhr; bei einem Zusammenstoß wurden 102 Polizisten verletzt, und 159 Arbeiter trugen Säbelwunden davon. Die steigenden Lebenshaltungskosten führten auch in den Straßen Mannheims, Frankfurts am Main, Münchens, Stuttgarts und anderer Orte zu Unruhen.¹⁵ Die Erfahrungen der Jahre 1869–1873 weckten jedoch auch in den höheren Gesellschaftsschichten Unbehagen am Laissez-faire und einem zügellosen Kapitalismus. «Die Herren Bourgeois», schrieb Theodor Lohmann am 15. Juni 1873, «haben über die Folgen ihrer eigenen Gesetzgebung den Katzenjammer bekommen.»¹⁶

Die Laissez-faire-Doktrin war die einzige Naturrechtslehre, die im Laufe des 19. Jahrhunderts in Deutschland fast uneingeschränkte Anerkennung gewann. Die Schriften Adam Smith', David Ricardos und John Stuart Mills hatten deutsche Ökonomen davon überzeugt, daß die Ökonomie wie eine Naturwissen-

schaft zu betrachten sei, die auf den Gesetzen von Angebot und Nachfrage und dem natürlichen Mechanismus des Marktes beruhe. Von den Universitäten verbreitete sich der Manchesterismus in die Bürokratie, die Geschäftswelt, die liberale Presse und triumphierte über alle konkurrierenden Lehren wie die Nationalökonomie Friedrich Lists, die korporativen Vorstellungen Victor Aimé Hubers und Hermann Wagens oder die von Ferdinand Lassalle entwickelten Pläne zu einem egalitären Staatssozialismus. Die erstaunliche Expansion des Industriekapitalismus und der von ihm geschaffene Wohlstand schienen in den mittleren Jahrzehnten des Jahrhunderts die Gültigkeit der liberalen ökonomischen Prinzipien zu bestätigen.

Doch schon vor dem Zusammenbruch von 1873 begannen die wachsenden Gegensätze zwischen Arm und Reich, Kapital und Arbeit und die daraus resultierenden Gefahren für die soziale Stabilität eine Reihe von Beobachtern zu beunruhigen, die eben den gesellschaftlichen Gruppen angehörten, in denen die Laissez-faire-Doktrin den stärksten Anhang gefunden hatte (Akademiker, Regierungsbeamte und Geschäftsleute). Diese Beunruhigung führte schon Ende der sechziger Jahre zur Suche nach einer neuen Sozialpolitik, mit deren Hilfe die Entfremdung der Arbeiterschaft von der bürgerlichen Gesellschaft verhindert oder überwunden werden sollte. (Selbst Kronprinz Friedrich Wilhelm bemerkte in seinem Tagebuch, daß nun, nach der politischen Einheit, die soziale Einheit das nächste Ziel sein müsse.)¹⁷ Die vorgeschlagenen Reformen waren sehr zahlreich und unterschiedlich. Während die einen das System des freien Unternehmertums nur modifizieren wollten, planten andere kühn ein staatssozialistisches System. Ernst Engel, Direktor des Preußischen Statistischen Büros, das während der sechziger Jahre zu einer wichtigen Bildungsstätte für angehende Volkswirte wurde, setzte sich für die Einführung eines industriellen Partnerschaftssystems ein, in dem die Angestellten allmählich am Besitz und an der Leitung der Unternehmen, bei welchen sie tätig waren, beteiligt werden sollten. Einer seiner Schüler, Lujo Brentano, begann, fasziniert von den britischen «trade unions», in den späten sechziger Jahren seine lebenslange Agitation für eine starke Gewerkschaftsbewegung. In der Fähigkeit der Gewerkschaften, für ganze Industriezweige gültige Tarifverträge auszuhandeln, sah er die beste Garantie für eine gerechtere Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen der Industrie. Gustav Schmoller andererseits setzte seine Hoffnungen in die Ausbildung einer ihrer sozialen Verantwortung bewußten Beamenschaft, die, über den Klassenkampf erhaben und beraten von Experten – nämlich von Professoren wie ihm selbst –, soziale Reformen einleiten würde. Auch Adolph Wagner setzte seine Hoffnungen in eine «soziale Monarchie», die auf objektiver Basis den Arbeitern soziale Gerechtigkeit widerfahren lassen würde. Schmoller und Wagner waren Vertreter der «jüngeren historischen Schule» deutscher Volkswirte, welche die deutsche Volkswirtschaft von den englischen und französischen Traditionen emanzipierte und eine «deutsche Schule» begründete, deren Ursprünge auf die deutsche Romantik und die Philosophie Hegels zurückgingen.¹⁸

Diesen jungen Professoren war ihr gemeinsames Interesse an sozialen Reformen noch kaum bewußt geworden, als sie von den Verteidigern des Manchester-tums auch schon heftig angegriffen wurden. Den Reigen eröffnete Heinrich B. Oppenheim am 7. Dezember 1871 mit einem Artikel in der *Berliner Nationalzeitung*, in dem er die ganze Richtung auf den schnell berühmt gewordenen Namen «Kathedersozialismus» taufte. «Jeder», sagte er, «der zur Lösung der sozialen Frage ein System der Staatshilfe wolle, sei Sozialist.» Ein anderer liberaler Kritiker schlug in dieselbe Kerbe: «Zum Bebel und zum Liebknecht fehlt ihnen nur der Muth.» Als «Kathedersozialisten» gebrandmarkt zu werden, war für die Betroffenen eine peinliche Angelegenheit, denn ein erklärter Sozialist besaß im Deutschen Reich keinerlei Aussicht auf eine akademische Karriere. Die derart attackierten Gelehrten waren trotz der großen Unterschiede zwischen ihren sozialen Programmen genötigt, gegen die Protagonisten des Manchester-tums zusammenzustehen. Diese gehörten in der Mehrzahl dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei an (so namentlich Oppenheim und Bamberger) und waren durchweg Leute mit Verbindungen zum Banken- und Finanzwesen, die fürchteten, daß die Schriften der «Kathedersozialisten» einer antiliberalen Koalition von Arbeitern, Grundbesitzern und Staatsbeamten die ideologische Grundlage liefern mochten.¹⁹

Als politischen Aktivisten kann man keinen der «Kathedersozialisten» bezeichnen. Sie waren in erster Linie Universitätsprofessoren und Wirtschaftshistoriker, die glaubten, mit ihren Forschungen und Überlegungen zu einer Neuorientierung der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik beitragen zu können. Sie wollten die spezifisch preußische Tradition neu beleben und bestärken, welche dem Staat eine Stellung jenseits der widerstreitenden Interessen der bürgerlichen Gesellschaft und damit eine besondere Verantwortung für das Gemeinwohl zuwies. Durch mehr soziale Gerechtigkeit hofften sie so den Abgrund zu überbrücken, der die sozialen Klassen voneinander schied, und eine homogenere Gesellschaft zu schaffen. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die ihnen und ihren Ideen zuteil wurde, verdankten sie größtenteils der Heftigkeit, mit der die Manchesteristen sie angriffen.

Im Juli 1872 traf sich eine kleine Gruppe von «Kathedersozialisten» in Halle, um eine gemeinsam Front gegen die liberalen Widersacher zu bilden. Diesem Treffen folgte im Oktober ein größeres in Eisenach, zu welchem jeder eingeladen wurde, der Kritik an der Laissez-faire-Doktrin und soziale Reformen für erforderlich hielt. Es kamen dann dort 150 Personen zusammen (hauptsächlich Professoren, Beamte und einige Fabrikanten), deren Anschauungen jedoch so unterschiedlich waren, daß Schmoller, der bei dem Treffen den Vorsitz führte, darauf bestehen mußte, daß von Grundsatzdebatten abgesehen und statt dessen spezifische Reformmaßnahmen erarbeitet wurden.²⁰ Diskutiert wurden eine wirksamere Anwendung der Fabrikgesetzgebung durch mit dieser Aufgabe zu betrauende Regierungsbehörden, das Verbot der Kinderarbeit, Schulpflicht für die unteren Klassen, Beschränkung der Arbeitszeiten für verheiratete Frauen, die bedingungslose Anerkennung des Rechts der Arbeiterschaft, sich zu organisieren, gesetzliche

Anerkennung der Gewerkschaften und gesetzlicher Schutz für deren Kassen sowie die Schaffung von Schiedsgerichten.²¹ Ein konkretes Ergebnis des Eisenacher Treffens war die Gründung des *Vereins für Socialpolitik* im Mai 1873, der als Forum der «Kathedersozialisten» bis zum Ende des Kaiserreichs bestehen blieb.

Der Einfluß dieses Vereins auf die deutsche Gesetzgebung erwies sich dann allerdings wegen der unterschiedlichen Auffassungen seiner Mitglieder und der apolitischen Haltung, die nach 1870 in deutschen akademischen Kreisen immer häufiger wurde, als vernachlässigbar. Dennoch kann man wohl sagen, daß der Verein, indem er ernstzunehmender Kritik an der Laissez-faire-Doktrin ein Forum bot, die Öffentlichkeit auf die sozialen Reformen der achtziger Jahre vorbereiten half. Die Polemik zwischen Brentano und dessen Gesinnungsgenossen auf der einen und Oppenheimer und Bamberger sowie schließlich Heinrich von Treitschke auf der anderen Seite ließ den Abgrund, der die «Kathedersozialisten» von den Verfechtern der Freihandelslehre trennte, tiefer erscheinen, als er tatsächlich war. In der Mitte der siebziger Jahre suchten denn auch Eduard Lasker, Gustav Schmoller und Rudolf Gneist eine Verständigung zwischen dem *Verein für Socialpolitik* und dem *Congreß deutscher Volkswirthe* herbeizuführen. Am Ende des Jahrzehnts machten die beiden Organisationen gemeinsam Front gegen die Schutzzölle und den Rechtsruck in der Bismarckschen Innenpolitik.²² Doch wenn sie sich in diesem Fall auch auf die Seite der Liberalen schlugen, haben doch die «Kathedersozialisten», denen es nicht gelang, die liberale Bewegung insgesamt für soziale Reformen zu gewinnen, diese letztlich weiter gespalten und geschwächt. Sie nahmen der Laissez-faire-Doktrin den Status einer über jeden Zweifel erhabenen Lehre der deutschen Wissenschaft. Wenn sie für die schwächste soziale Gruppe im Wettbewerb der kapitalistischen Wirtschaft staatlichen Schutz forderten, dann war die Schlußfolgerung naheliegend, daß auch schwächere Industrien vor der brutalen Konkurrenz ausländischer Erzeuger geschützt werden mußten.